

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses

**zu den Mitteilungen der Landesregierung vom
11. Dezember 2007 und 21. Januar 2009
– Drucksachen 14/2133 und 14/3921**

**Berichte der Landesregierung zu Beschlüssen des Landtags;
hier: Denkschrift 2006 des Rechnungshofs zur Landeshaus-
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-
haltsjahr 2004 (Nr. 14)
– Flurneuordnung und Landentwicklung**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von den Mitteilungen der Landesregierung vom 11. Dezember 2007 und
21. Januar 2009 – Drucksachen 14/2133 und 14/3921 – Kenntnis zu nehmen.

02. 04. 2009

Die Berichterstatterin:

Ursula Lazarus

Der Vorsitzende:

Ingo Rust

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilungen Drucksachen 14/2133 und
14/3921 in seiner 43. Sitzung am 2. April 2009.

Ein Abgeordneter der Grünen fragte, ob der Rechnungshof in der Flurneuord-
nungsverwaltung über das hinaus, was die Landesregierung berichte, weitere
Personaleinsparungen für möglich halte. Außerdem interessiere ihn der Sach-
stand bezüglich der Privatisierung von Vermessungsdienstleistungen. Ferner
wolle er wissen, welches Potenzial an Personaleinsparungen in diesem Bereich
mittelfristig gesehen werde.

Ausgegeben: 14. 04. 2009

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Eine Vertreterin des Rechnungshofs teilte mit, zwischen dem Landwirtschaftsministerium und dem Rechnungshof bestünden nach wie vor Meinungsverschiedenheiten, was die Frage angehe, ob sich im Bereich der Flurneuordnung jetzt noch Personal einsparen lasse. Der Rechnungshof sehe aber auch, dass es nun gerade aufgrund des Konjunkturprogramms erneut der Durchführung einzelner Flurneuordnungsverfahren bedürfe, und wäre damit einverstanden, wenn der Ausschuss dem Plenum Kenntnisnahme von den beiden Mitteilungen der Landesregierung empfehlen würde. Der Rechnungshof werde sich nach dem Jahr 2012 mit dem Sachstand noch einmal genau befassen, insbesondere was Organisation und Wirtschaftlichkeit des neu gegründeten Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung betreffe.

Der Berichterstatter für den Finanzausschuss äußerte, die SPD sei der Auffassung, dass künftig weiterer Bedarf an Flurneuordnungen bestehen werde, habe jedoch auch gewisses Verständnis für die Argumentation, die vonseiten des Rechnungshofs jetzt noch einmal vorgetragen worden sei.

Er bitte um Auskunft, ob es zumindest auf der oberen Behördenebene nicht auch räumliche Synergieeffekte gebe. Entsprechende Möglichkeiten könnten auf jeden Fall zügig umgesetzt werden.

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum erklärte hierzu, um einem solchen Wunsch nachkommen zu können, müsste zunächst eine Räumlichkeit geschaffen werden. Das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung verfüge über insgesamt rund 500 Mitarbeiter in drei Dienststellen an den Standorten Stuttgart, Karlsruhe und Kornwestheim. Derzeit seien organisatorische Zusammenführungen dieser Einheiten in Arbeit. Nach gegenwärtigem Stand werde an den drei Standorten festgehalten.

Einstimmig fasste der Ausschuss die Beschlussempfehlung an das Plenum, von den Mitteilungen Drucksachen 14/2133 und 14/3921 Kenntnis zu nehmen.

07. 04. 2009

Ursula Lazarus